

# 2024 EU Wahl Manifest

---

Für einen besseren  
zivilgesellschaftlichen Raum und  
zivilen Dialog



Die Zivilgesellschaft ist ein wesentlicher Bestandteil **gesunder Demokratien**.

Wir spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung und dem Schutz von Rechtsstaatlichkeit und **Grundrechten**.

Wir bieten **unverzichtbare und befähigende Dienste** an, die Menschen und Gesellschaften in Krisenzeiten widerstandsfähiger und insgesamt integrativer werden lässt.

Wir bieten eine **Plattform** - insbesondere für Randgruppen - um mit politischen Entscheidungsträgern in Kontakt zu treten und an Entscheidungen, die sie betreffen beteiligt zu werden.

Doch der **zivilgesellschaftliche Raum** - das politische, rechtliche, soziale und wirtschaftliche Umfeld, das es den Menschen und Akteuren der Zivilgesellschaft ermöglicht ihre Rolle bei der Gestaltung unserer Gesellschaften zu spielen - **schrumpft weltweit** mit zunehmenden Einschränkungen auf allen Ebenen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind keine Ausnahme von diesem Trend.

Darüber hinaus ist der **zivile Dialog** - der wichtige Austausch zwischen Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträgern - nicht genügend offen, transparent und regelmäßig genug, was zu einem Demokratiedefizit führt und viele in der EU lebende Menschen von einer Teilhabe ausschließt.

Wir stellen uns eine Europäische Union vor, in der der zivilgesellschaftliche Raum gestärkt und ziviler Dialog geschätzt und gefördert wird, so dass wir als Zivilgesellschaft - einschließlich des Philanthropie-Sektors - auch in Zukunft unsere zentrale Rolle für die Erzielung positiver sozialer Ergebnisse und eines größeren Wohlstands für alle wahrnehmen können.

**Wir fordern die europäischen politischen Parteien und Fraktionen auf, den zivilen Raum und den zivilen Dialog zu zentralen Themen bei den Europawahlen 2024 zu machen und rufen das künftige Europäische Parlament und die Europäische Kommission dazu auf, in den nächsten fünf Jahren konkrete Schritte zu unternehmen, um die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen besser anzuerkennen, zu schützen und einzubinden.**



# Eine Europäische Strategie Für Die Zivilgesellschaft

Zwar wurden auf europäischer Ebene bereits einige ermutigende Maßnahmen zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure ergriffen, diese haben aber nur begrenzte Wirkung, wenn dem schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum keine umfassende EU-Strategie für die Zivilgesellschaft folgt.

Um die Lücken in den bestehenden Politiken zu schließen und positive Praktiken zu etablieren, rufen wir die EU-Institutionen dazu auf, eine **Strategie für die Zivilgesellschaft zu entwickeln**, die auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen (CSOs) und Verteidiger der Menschenrechte beruht und sie vor Angriffen und Verleumdungskampagnen schützt, **mit den folgenden Schwerpunkten:**



## EINE EUROPÄISCHE STRATEGIE FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

# Ein **sicheres und förderliches Umfeld** für die **Zivilgesellschaft**

- **Ein offenes, sicheres, zugängliches und förderliches rechtliches und politisches Umfeld** ist eine Voraussetzung dafür, dass die Zivilgesellschaft sich weiterentwickeln und ihre fundamentale Rolle sinnvoll wahrnehmen kann. Alle Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums und Handlungshindernisse müssen beseitigt werden, und die Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit müssen zu jeder Zeit in allen zivilgesellschaftlichen Angelegenheiten gewährleistet sein, so wie sie im EU- und im Völkerrecht verankert sind.
- Wir fordern die Entscheidungsträger und Institutionen auf EU- und nationaler Ebene auf, sich zur formalen Anerkennung der Rolle, des Wertes und der Besonderheit der Zivilgesellschaft zu verpflichten und sich für deren Förderung einzusetzen. Ebenso sollten sie sich dazu verpflichten, zivilgesellschaftliche Organisationen durch verschiedene regulatorische und politische Maßnahmen zu schützen und zu unterstützen sowie sicherzustellen, dass alle politischen Entscheidungen mit Auswirkung auf die Zivilgesellschaft im Einklang mit den EU-Grundrechten stehen.
- Da die gesellschaftlichen Herausforderungen zunehmend eine europäische oder sogar globale Dimension haben, ist es entscheidend, eine umfassende transnationale Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu ermöglichen. Bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende Aktivitäten der Zivilgesellschaft - z. B. rechtliche und steuerliche Unsicherheiten - sollten beseitigt werden.



EINE EUROPÄISCHE STRATEGIE FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

## Ein **EU-Mechanismus zum Schutz der Zivilgesellschaft, von Aktivisten und Verteidigern der Menschenrechte**

- Mitarbeiter\*innen und freiwillig Engagierte der Zivilgesellschaft, Menschenrechts- und Umweltaktivisten und -verteidiger sowie die Gemeinschaften, die sie vertreten, **müssen vor jeder Form von Diskriminierung auf jedem Gebiet und jeglicher Art, sei es gerichtlichen oder anderen Formen der Gewalt, Schikane oder Misshandlung geschützt werden.** Besonderes Augenmerk muss dabei auf Minderheiten und marginalisierte Gruppen gerichtet werden und auf diejenigen, die sie verteidigen, denn sie sind häufigen Angriffen ausgesetzt.
- Wir fordern die EU auf, einen Mechanismus zu entwickeln, der es CSOs, Aktivisten und Menschenrechtsverteidigern ermöglicht, alle Formen von Angriffen, Drohungen, Verleumdungskampagnen und Einschränkungen des zivilen Raums zu melden und solche Berichte zeitnah bearbeiten zu lassen. Dieser Mechanismus sollte ein Frühwarnsystem umfassen, das hilft, solche Bedrohungen bereits im Entstehen zu verhindern.



## EINE EUROPÄISCHE STRATEGIE FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

# Angemessene Finanzierung

- Als Akteure der Zivilgesellschaft brauchen wir angemessene personelle, materielle und finanzielle Ressourcen, um unsere Rolle wirksam wahrnehmen zu können. **Der Zugang zur mehrjährigen, kohärenten und flexiblen Strukturfinanzierung für zivilgesellschaftliche Organisationen sollte gewährleistet sein,** um auf den operativen Bedarf zu reagieren und Stabilität sowie langfristige Planung und Unabhängigkeit zu gewährleisten.
- Die Zivilgesellschaft sollte von Anfang an in die Gestaltung von Förderprogrammen, einschließlich der Festlegung von thematischen Prioritäten und Zugangskriterien einbezogen werden. Ein strukturierter Mechanismus sollte eingerichtet werden, um einen angemessenen und regelmäßigen Dialog und Informationsfluss zwischen Zivilgesellschaft und öffentlichen Geldgebern über die Umsetzung von Förderprogrammen sicherzustellen.
- **Die allgemeine Zugänglichkeit zu Finanzmitteln sollte durch** Vereinfachung der Verwaltungsverfahren und Verringerung des bürokratischen Aufwands, insbesondere für kleine, basisdemokratische und ehrenamtlich geführte Organisationen verbessert werden. Zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte auch ein erweiterter Zugang zu einer Grundfinanzierung in Form von Zuschüssen gewährt werden, damit sie ihre politische und anwaltschaftliche Arbeit im Namen der Gruppen und Gemeinschaften, die sie vertreten, durchführen können.
- Die EU und die nationalen Politiken sollten die regulatorischen und steuerlichen Hindernisse für den Zugang zu Finanzmitteln und Spenden, auch über die Grenzen hinweg beseitigen und grenzüberschreitende Philanthropie erleichtern.



# Eine Vereinbarung über den zivilen Dialog

**Der zivile Dialog sollte gleichberechtigt mit dem sozialen Dialog** über den gesamten Politikgestaltungszyklus organisiert und als unverwechselbar und komplementär zu anderen Formen der Bürgerbeteiligung behandelt werden.

Wir fordern die EU-Institutionen auf, eine Vereinbarung über den zivilen Dialog zu schließen, die **diesen als wesentliches Element der europäischen partizipativen Demokratie anerkennt**. Diese Vereinbarung sollte in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden und deren Bedürfnisse vollständig widerspiegeln.

Die Vereinbarung sollte darauf abzielen, die Standards für den zivilen Dialog über alle EU-Institutionen und Mitgliedstaaten hinweg zu harmonisieren, damit jede Gelegenheit zum zivilen Dialog zu qualitativ hochwertigem Engagement führen kann. Auch sollte sie Raum bieten für den sektorübergreifenden Dialog über transversale Entwicklungen und strategische Prioritäten.

- Die Organisationen der Zivilgesellschaft müssen in ihrer ganzen Vielfalt einen echten Platz am Tisch der Entscheidungsträger erhalten, um - sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene - einen sinnvollen Beitrag zu allen Schritten der Politikgestaltung im Namen der Gruppen und Gemeinschaften, die sie vertreten leisten zu können. Ein Verfahren, das über das Ankreuzen von Kästchen und bloßen Konsultationen hinausgehen muss. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten als wichtige strategische Partner an der Mitgestaltung der Politik einbezogen werden, ebenso wie an der Programmentwicklung, den politischen Debatten und dem Agenda-Setting.



- Offenheit und Transparenz der politischen Prozesse auf EU- und nationaler Ebene sollten erhöht werden, um einen effektiven Zugang zu Entscheidungsträgern, zu Dokumenten - einschließlich der vorbereitenden Arbeiten für Rechtsvorschriften - und zu allen relevanten Informationen, klar und zeitnah zu gewährleisten.
- Das Mandat des Vizepräsidenten / der Vizepräsidentin sowohl des Europäischen Parlaments wie der Europäischen Kommission, die für den Dialog mit der Zivilgesellschaft zuständig sind, muss bestätigt und weiter gestärkt werden. Es sollte im Sinne eines stärker strukturierten zivilen Dialogs weiterentwickelt werden und die Kohärenz der EU-Politik mit Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft bewerten, mit dem Ziel, einen sich weiterentwickelnden zivilgesellschaftlichen Raum zu fördern. Das Mandat sollte auch eine proaktive Unterstützung für unter Druck geratene zivilgesellschaftliche Akteure beinhalten.
- Permanente Strukturen des zivilen Dialogs sollten auf den geeigneten Ebenen in jedem Mitgliedstaat und jeder EU-Institution - einschließlich des Europäischen Rates - geschaffen werden, um Kohärenz und Koordination innerhalb und zwischen den Institutionen zu gewährleisten. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die an diesen Dialogformen teilnehmen, sollten eine angemessene Finanzierung und Ressourcen erhalten, um die operativ sinnvolle Teilnahme an diesen Dialogen sicherzustellen.



# Die **Befürworter** des Manifests

Die Zivilgesellschaft für die EU ist eine breite und vielfältige Koalition von Organisationen der Zivilgesellschaft und philanthropischen Organisationen auf EU- und nationaler Ebene, die in Bereichen wie Menschenrechte, Sozialpolitik, internationale Zusammenarbeit, Förderung der Demokratie, Umwelt, Gesundheit, Jugend, Kinder, Frauen und Mädchen sowie die Vertretung von Randgruppen engagiert ist.

Gemeinsam und unabhängig von jeder politischen Partei vertreten wir Millionen von Menschen, die in der EU leben.

Für alle Fragen bezüglich des Manifests und der Kampagne, wenden Sie sich bitte an: Social Platform and Civil Society Europe at: **platform@socialplatform.org** or **info@civilsocietyeurope.eu**



## We are funded by:



Co-funded by  
the European Union



Views and opinions expressed are those of the manifesto proponents only and do not necessarily reflect those of the donors. The sole responsibility for the content lies with the authors.